

Kleine Anfrage 279

des Abgeordneten Péter Vida
fraktionslos

an die Landesregierung

Umsetzung der Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Bestimmung der Fraktionshürden in den Kreistagen

In seinem Urteil vom 15.04.2011 (Akt.-Z. VfGBbg 45/09) hat das Landesverfassungsgericht Brandenburg die Bestimmung in der Brandenburgischen Kommunalverfassung, wonach in Kreistagen Fraktionen erst ab 4 Mitgliedern gebildet werden können, für verfassungswidrig erklärt.

Die Landkreise haben auf diese Entscheidung unterschiedlich reagiert. Manche haben Änderungen in ihren Geschäftsordnungen dahingehend vorgenommen, dass weniger als 4 Sitze zur Bildung einer Fraktion ausreichend sind. Andere Landkreise taten dies nicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Rechtsfolge hat sich für die Landkreise aus der o. g. Entscheidung ergeben?
2. Welche Rechtssetzungen haben die Landkreise in ihren Hauptsatzungen und/oder Geschäftsordnungen daraufhin vornehmen müssen?
3. Welche Rechtssetzungen haben die Landkreise in ihren Hauptsatzungen und/oder Geschäftsordnungen daraufhin vornehmen können? Also eine Klarstellung, welche rechtlichen Änderungen durch die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts geboten und welche möglich waren.
4. Haben alle Landkreise die gebotenen Rechtsänderungen vorgenommen?
5. Unter welchen Umständen ist das Festhalten an einer Regelung, wonach erst 4 Kreistagsmitglieder eine Fraktion bilden können, rechtlich zulässig?
6. Wie stellen sich die Fraktionshürden in den einzelnen Landkreisen dar? Bitte um tabellarische Auflistung.